

Ein Marathon, kein Sprint

von Tahera Ameer

25 Jahre – wenn das kein Grund zum Feiern ist! Doch wenn eine Stiftung, die sich gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Hass stellt, Geburtstag feiert, dann ist das kein rein unbeschwertes Fest. Blicken wir auf das letzte Vierteljahrhundert zurück, sehen wir brennende Unterkünfte für Geflüchtete, Menschen, die durch Straßen gejagt werden, weil sie Schwarz sind oder Kippa tragen. Wir sehen Rechtsterroristen, die von Utøya bis Hanau morden, Trolle, die Threads und Timelines mit Hass fluten, und Neonazis, die wieder auf Parlamentsbänken sitzen.



Aber wir sehen auch Menschen, die sich all dem entgegenstellen. Die mutig aufstehen, wenn andere Hass säen. Die sich engagieren und die für ihren Einsatz oftmals einen hohen Preis zahlen. Was für fantastische Menschen, was für ein fantastisches Netzwerk!

Wir sind stolz auf 25 Jahre, in denen wir diejenigen unterstützen konnten, die vor Ort den Finger in die Wunde legen. Die hinschauen und handeln. Demokratische Kultur bemisst sich daran, wie eine Gesellschaft mit Hass und Gewalt gegen Minderheiten umgeht: Guckt sie hin? Schützt sie die Opfer und nimmt ihre Perspektive ein? Leistet sie Widerstand? Oder schaut sie weg? Relativiert sie? Legitimiert sie? Rechte Gewalt passiert dort, wo es einen Resonanzraum dafür gibt. Da, wo man sich berechtigt und ermächtigt fühlt, im Namen einer schweigenden und damit zustimmenden Mehrheit.

Die Gründung der Amadeu Antonio Stiftung war die Antwort auf die 1990er Jahre, in denen ein Brandanschlag den nächsten jagte, in denen es unzählige Todesopfer rechter Gewalt gab. Eine Zeit, in der die Brand-Sätze in den Parlamenten Hand in Hand gingen mit den Brandsätzen, die in Heime und Wohnhäuser geschmissen wurden. Eine Zeit, in der das Grundrecht auf Asyl angegriffen und massiv eingeschränkt wurde und damit diejenigen gewannen, die in Wort und Tat Hass und Gewalt verbreiteten. 1998, das Gründungsjahr der Stiftung, war auch das Jahr, in dem das Kerntrio des NSU untertauchte, bevor sie zehn Menschen ermordeten und drei Sprengstoffanschläge verübten.

Und heute? Rechtsextreme verbreiten Hetze über Computerspiele, Verschwörungsgurus finden auf Telegram ein Millionenpublikum, und der Kreml sät Desinformation in den Sozialen Medien, um westliche Demokratien zu destabilisieren. Immer noch vergeht kein Tag, an dem Jüdinnen*Juden nicht mit Hass konfrontiert sind. Immer noch wird gegen Schutzsuchende gehetzt. Immer noch müssen wir neue Namen in unsere Chronik der Todesopfer rechter Gewalt aufnehmen – aktueller Stand seit dem Fall der Mauer: 219.

Der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit ist kein Sprint, er ist ein Marathon. Wir brauchen den unermüdbaren Einsatz, die Entschlossenheit und die Ausdauer der Menschen, die für eine demokratische Kultur einstehen. Derjenigen, die in den Sozialen Netzwerken Hass widersprechen, die den Kampf gegen Rassismus ebenso zu ihrem Anliegen machen wie den Kampf gegen Antisemitismus, die sich vor Ort engagieren und ihrer Geschichte widmen.

Die vergangenen 25 Jahre haben uns gezeigt, dass es sehr viele solche Menschen gibt. Sie stellen sich gegen Verleugnung und Verdrängung, gegen Vereinfachung und Vergessen. Sie schützen Menschen, die bedroht werden. Sie machen jeden Tag den Unterschied. Aber sie brauchen Wertschätzung, Unterstützung, Ermutigung. Und das beginnt mit Ihrer Spende.

In diesem Geiste haben wir uns 1998 gegründet – und werden auch in den nächsten 25 Jahren nicht nachlassen im Kampf für eine inklusive, gerechte und weltoffene Gesellschaft. Für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Antisemitismus. Ohne Wenn und Aber.



Dunkelkammer Deutschland

von Laura Cazés

Diese Zeilen entstehen zwischen dem sogenannten „Tag der Befreiung“ am 8. Mai und dem 30. Jahrestag des rechtsextremen Brandanschlags in Solingen am frühen Morgen des 29. Mai 1993, bei dem das Haus der Familie Genç von vier Deutschen angezündet wurde. Fünf Familienmitglieder, Gürsün, Hatice, Gülüstün, Hülya und Saime, starben. Saime war vier Jahre alt. 17 weitere Menschen erlitten teils schwerste und bleibende Verletzungen. Nicht nur die körperlichen Verletzungen bleiben für immer. Während das Ende des Zweiten Weltkrieges von allen möglichen Interessen vereinnahmt und gar umgedeutet wird, wird es für Familie Genç und so viele weitere nie einen „Tag der Befreiung“ in Deutschland geben.

Zwischen dem „Tag der Befreiung“ und dem Jahrestag von Solingen trauere ich auch persönlich. Um jemanden, der letztlich im ständigen Dazwischen verloren gegangen ist. Zwischen nie mehr Deutsch und endlich Deutsch. Zwischen zu wenig Deutsch für die einen, zu viel Deutsch für die anderen. Zwischen dem Gestern und dem Heute. Zwischen dazugehören wollen und nicht dazugehören können. Zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Zwischen Befreiung und Vernichtung.

Die stille Akzeptanz der Mitte

Wann ist man deutsch genug für dieses Land? Die Frage mag abgedroschen klingen. Gleichzeitig trifft sie den Zustand der deutschen Gesellschaft aus der Perspektive jener, die nie wissen, ob sie wirklich dazugehören. Denn Deutsch genug zu sein oder so gelesen zu werden, kann hier über Leben und Tod entscheiden. Diese Kontinuität ist auch nach dem „Tag der Befreiung“ 1945 nie abgerissen. Solingen ist nur eines der unzähligen Beispiele dafür.

Das Ausmaß der Gewalt zählt im Jahr 2022 laut dem Bericht des Verbands für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) 2.093 Fälle, im Durchschnitt also sechs täglich. Mehr Menschen flüchten nach Deutschland, und mehr geflüchtete Menschen werden in Deutschland angegriffen. Die Kontinuität besteht jedoch nicht im Ausmaß der Gewalt, sondern in der stillen Akzeptanz der sogenannten gesellschaftlichen Mitte, die den rechten Rand gedeihen lässt, ohne die gemeinsamen Ursprünge anzuerkennen. Die Schandungen, die Übergriffe, die Morde, die Brandstiftungen, die Verletzungen, die Ausgrenzungen, sie bleiben Einzelfälle und das Problem der anderen.

Deutsch sein, anders sein

Ich erinnere mich an die Woche nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019, als ich meinem damaligen Therapeuten erklären musste,

warum es nicht das Gleiche ist, wenn Leute ihm als Herkunftsdeutschen „eine französische Aura zuschreiben“, wie wenn rassifizierte oder anders gelesene Menschen gefragt werden, „woher sie wirklich kommen“, oder man überrascht ist, „wie gut sie Deutsch sprechen“. Die Frage, welche Menschen wirklich dazugehören, steht in Deutschland ständig im Raum. Denn Deutsch zu sein bedeutet auch, dass es die Anderen geben muss. Warum sie ständig gestellt wird, wird nicht hinterfragt. Das sogenannte Othering dient als Selbstvergewisserung und Bestärkung der eigenen, nach wie vor so unklaren deutschen Identität: Im Gegensatz zu dir bin ich die Norm, bin ich genug. So wenig wie möglich abzuweichen, wird zum erstrebenswerten Ziel erklärt.

Heute wird die Abweichung häufig zur „Diversity“ umgedeutet und gar als vorteilhaft angepriesen. Und viele Menschen, auf die mit Othering reagiert wird, gestalten daraus auch ihre eigene Kultur der Selbstermächtigung. Andere möchten wiederum nicht abweichen und Teil der deutschen Gesellschaft sein, in der alles seinen Platz und seine Ordnung hat.

Von Befreiung weit entfernt

Aber es ist noch mehr als das: In einem Land leben zu können, in dem es einen Rechtsstaat und eine demokratische Grundordnung gibt, in dem man selbstbestimmt leben und frei sprechen kann, in dem Minderheiten ein Anrecht auf Schutz erhalten, in dem es ein Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem gibt, das Menschen zwar strukturell Zugänge erschwert, aber nicht kategorisch ausschließt, all das ist eben genau der Grund, warum so viele Menschen in die Flucht oder die Migration nach Deutschland eine so große Hoffnung setzen. Um endlich frei zu sein.

78 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz denke ich aber auch an die Dunkelkammer der Deutschen. Ich denke erstmal an Uniformen, Kriegsdevotionalien, Stürmer-Karikaturen, Orden, Abzeichen, Widmungen, Urkunden, Briefe, Kaffeegedecke, Stofftaschentücher und Lieder- und Parteibücher auf Dachböden und an die rassistischen und antisemitischen Aussagen am Sonntagstisch. Von ihnen kann man sich ebenso wenig trennen wie von den Legenden der guten Deutschen, die von nichts gewusst haben wollen, gar im Widerstand waren oder Juden geholfen haben. Solange man in Deutschland eine solche Dunkelkammer besitzen kann, sind wir vom „Tag der Befreiung“ weit entfernt.

Und diese Dunkelkammern sind überall. Sie werden auch an Menschen übertragen, die hier sozialisiert werden, ohne diese Herkunftsgeschichte zu haben. Ein ganz essenzieller groß-

flächiger gesellschaftlicher Aushandlungsprozess blieb nach dem „Tag der Befreiung“ 1945 aus: die Grenzen des Anderen neu zu verorten und die Abwertung des vermeintlich Anderen auch aus dem Inneren heraus zu überwinden.

Wie wären wir, wenn wir befreit wären, weil wir aufhören zu verdrängen?

Laura Cazés leitet den Bereich Kommunikation und Digitalisierung bei der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Als Publizistin und Speakerin befasst sie sich mit der Diversität jüdischer Lebenswelten in Deutschland. 2022 erschien der von ihr herausgegebene Sammelband „Sicher sind wir nicht geblieben – Jüdischsein in Deutschland“.



Über die Amadeu Antonio Stiftung

Eine Gesellschaft ohne Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – das ist seit 25 Jahren Ziel der Amadeu Antonio Stiftung. Dafür fördern wir lokale Initiativen, unterstützen Opfer rechter Gewalt und klären auf: über Hass und Hetze, Verschwörungsmythen und Demokratiefreundschaft. Wir schauen hin, sprechen Probleme an und handeln – gemeinsam mit vielen mutigen Menschen, die sich für eine demokratische, vielfältige Gesellschaft einsetzen. Das geht nur mit Ihrer Unterstützung. Danke für Ihre Spende!



„Danke, dass ihr so viel gegen Rassismus und Rechtsextremismus macht!“

Interview mit Augusto Jone Munjunga

Herr Munjunga, 1987 sind Sie als Vertragsarbeiter aus dem „sozialistischen Bruderland“ Angola nach Eberswalde in der DDR gekommen, zusammen mit Amadeu Antonio und 100 anderen Landsleuten. Was haben Sie damals erwartet?

Augusto Jone Munjunga: „Vertragsarbeiter“ klingt, als hätten wir zu Hause erstmal einen Arbeitsvertrag unterschrieben. Aber es gab nicht mal ein Stück Papier, worauf das stand. Wir waren gekommen, um einer Ausbildung nachzugehen – das war die Vereinbarung. Aber davon war in der DDR plötzlich nicht mehr die Rede. Am Flughafen Schönefeld wurden uns die Pässe abgenommen. Als wir in Eberswalde ankamen, war



das für mich ein Schock. Amadeu und ich wurden dem Schlacht- und Vorbereitungs-Kombinat zugeteilt. Das war harte körperliche Arbeit. Die DDR sollte ein Bruderland für uns sein. Aber sie wirkte mehr wie ein Verbrecherstaat, der uns ausgebeutet hat.

1990 wurde Ihr Freund Amadeu Antonio von Neonazis ermordet. Wie war die Stimmung für die Schwarze Community nach der Wende?

Es war furchtbar. Wir hatten in den 1990ern kein gutes Leben hier. Und wir hatten Angst. Sie nannten uns das N-Wort, manche Geschäfte wollten uns nicht bedienen. Die meisten wollten gar keinen Kontakt mit uns haben, auch wenn es natürlich auch gute Menschen in Eberswalde gab. Allein auf die Straße zu gehen wäre Selbstmord gewesen. Wir konnten nur in Gruppen spazieren oder einkaufen gehen. Geflüchtete, die in den vergangenen Jahren nach Eberswalde gekommen sind, können mir kaum glauben, wie schlimm es damals war.

1994 gründeten Sie „Palanca“, einen Verein für afrikanische Kultur in Eberswalde. Was war Ihre Motivation?

Nach dem Mord an Amadeu Antonio wollten wir alle in der Community zusammenbringen, um für eine gute Zukunft der Kinder zu sorgen. Und das heißt: über das Schicksal der Vertragsarbeiter aufklären, zum Thema Rassismus sensibilisieren und Vorurteile in der deutschen Gesellschaft abbauen. Solange ich noch lebe, will ich weiterkämpfen. Das war nicht immer einfach. In den ersten Jahren bekamen wir kaum Förderung oder Unterstützung. Im Jahr 2000 verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das Vereinshaus. Erst

2011 bekamen wir öffentliche Gelder vom Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde. Und seit Jahren werden wir auch von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert. Aber wir brauchen weiterhin finanzielle Mittel, um unsere Arbeit machen zu können.

1998, vor 25 Jahren, wurde die Amadeu Antonio Stiftung gegründet, benannt nach Ihrem Freund und Kollegen, dem ersten anerkannten Todesopfer rechter Gewalt nach der Wende. Was bedeutet die Stiftung für Sie?

Ich finde das wichtig: Denn es gibt eine Stiftung, die nach unserem Freund benannt ist, einer Person, die wir nicht vergessen wollen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat seinen Namen und seine Geschichte bundesweit und international bekannt gemacht. Dafür kann ich nur Danke sagen: Danke, dass ihr so viel gegen Rassismus und Rechtsextremismus gemacht habt und immer noch macht! Nach Amadeus Ermordung dachte ich: Das könnte jedem einzelnen von uns in der Community passieren. Aber es hat Amadeu getroffen. Und Deutschland soll wissen, dass sie jemanden ohne

Grund getötet haben – nur, weil er Schwarz war. Ich sage hier bewusst nicht nur „Nazis“. Denn die Nazis waren Deutsche. Und die Deutschen müssen diesen hausgemachten Hass wahrnehmen und verstehen.

Gab es Highlights der Zusammenarbeit über die Jahre?

Wir sind sehr dankbar für die Unterstützung bei der jährlichen Gedenkveranstaltung für Amadeu Antonio in Eberswalde am 6. Dezember, die von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird. Besonders der gemeinsame Kampf, die Eberswalder Straße in Amadeu-Antonio-Straße umzubenennen, bleibt in Erinnerung, auch wenn dieser bislang leider nicht erfolgreich war. Aber die Unterstützung vor Ort hat uns viel bedeutet. Wir geben nicht auf und sammeln weiterhin Unterschriften.

Amadeu Antonios Ermordung liegt knapp 33 Jahre zurück. Was hat sich seitdem im Kampf gegen Rassismus geändert?

Rassismus gibt es immer noch, auch in Eberswalde. Die Situation ist tatsächlich eine andere als in den 1990er Jahren. Heute grölen sie eher selten das N-Wort oder „Ausländer raus“ auf offener Straße. Aber wir begegnen immer noch Nazis, und die AfD macht keinen Hehl aus ihrer Position zu Migration. Vor allem betrifft uns heute institutionalisierter Rassismus – bei Behörden, auf der Wohnungssuche. Neu angekommene Geflüchtete müssen heute auch um ihren Aufenthaltsstatus bangen, und das ist nicht so unähnlich zu uns damals nach der Wende.

Das Interview führte Nicholas Potter.

Weil wir Nazis Nazis nennen

Seit ihrer Gründung schaut die Amadeu Antonio Stiftung dorthin, wo andere lieber wegsehen – von den Baseballschlägerjahren über den NSU bis heute.

Im Deutschland der 1990er Jahre gibt es beinahe täglich Schlagzeilen über Neonazis, die Kleinstädte terrorisieren, Flüchtlingsheime anzünden, Menschen totschießen. Kaum jemand kümmert sich um die Opfer, stattdessen fließen Fördermittel in rechte Jugendclubs. Unterstützung für Menschen, die sich dem entgegenstellen, gibt es keine. Mit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung 1998 wollen die Journalistin Anetta Kahane und der Unternehmer und Stifter Karl Konrad von der Groeben unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse das ändern: Die Mutigen, die den Nazis entgentreten, sollen hier verlässliche Unterstützung finden.

Ein Hilferuf aus der sächsischen Kleinstadt Wurzen erreicht uns 1999. Eine Handvoll Jugendliche will nicht länger vor den Neonazis wegrennen. Und endlich gibt es mit der kleinen Stiftung

in Berlin jemanden, der zuhört und nicht relativiert. Sie erzählen von ihren Erlebnissen, den Angriffen und Vorwürfen, ihrem Traum: ein eigener, geschützter Raum. Die Begeisterung steckt an: Die Amadeu Antonio Stiftung sammelt mit der Wochenzeitung *DIE ZEIT* Spenden, bürgt für einen Kredit, macht den Traum wahr. Die Engagierten kaufen ein sanierungsbedürftiges Haus mitten in Wurzen. Heute ist es ein Kultur- und Bürger*innenzentrum: das Netzwerk für demokratische Kultur, ein Leuchtturm der Demokratie, der Mut macht (mehr dazu auf Seite 4).

Im Verlagshaus von Gruner+Jahr sitzt im Sommer 2000 die Chefredaktion des *stern* zusammen. Besorgt durch immer neue Übergriffe gegen Migrant*innen hat Reporter Ulrich Hauser einen Entschluss gefasst: Mit der Aktion „Mut gegen rechte Gewalt“ ruft der *stern* zu Spenden auf. Von einem Tag auf den anderen hat die kleine Amadeu Antonio Stiftung große Möglichkeiten: Das Neonazi-Aussteigerprojekt Exit wird gegründet und die Betroffenenberatung Opferperspektive in Brandenburg als erstes Projekt gefördert.

„Menschen, die Mut gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zeigen, stärken unsere demokratische Zivilgesellschaft. Ihre Zivilcourage muss aber auch unterstützt werden – hier leistet die Amadeu Antonio Stiftung unschätzbare wertvolle Arbeit.“

Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft (Bündnis 90/Die Grünen) und Gründungskurator der Amadeu Antonio Stiftung



„Allein schon, weil die rechtsextreme Szene vor Wut über die Amadeu Antonio Stiftung regelmäßig komplett durchdreht, ist klar, wie wichtig dieses Projekt ist. Wir wünschen auch weiterhin viel Erfolg dabei, den Nazis ordentlich Druck zu machen.“

Joshi, Sänger der Punkband ZSK



„Bis heute ist die Amadeu Antonio Stiftung eine wichtige Partnerin der antifaschistischen Bewegung – insbesondere für die Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, die eine Schlüsselposition in der Zivilgesellschaft im Kampf gegen die akute Bedrohung von Rechts einnehmen.“

Martina Renner, Bundestagsabgeordnete (Die Linke) und Innenpolitische Sprecherin



„Seit der Schaffung meines Amtes 2018 arbeite ich eng mit der Amadeu Antonio Stiftung in Fragen rund um Antisemitismusbekämpfung zusammen. Die Amadeu Antonio Stiftung leistet mit ihrem Einsatz einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen Antisemitismus und gehört so zu den wichtigsten Organisationen in der Zivilgesellschaft.“

Dr. Felix Klein, Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung



„Unser Festival ‚Jamel rockt den Förster‘ wäre ohne die traditionelle Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung um eine Facette der politischen Bildung ärmer. Sie hält den Anfeindungen der politischen Rechten unermüdlich stand und ist ein wahres Bollwerk des Engagements gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.“

Birgit und Horst Lohmeyer, die seit über 15 Jahren das Festival „Jamel rockt den Förster“ organisieren



„Die Amadeu Antonio Stiftung ist für mich ein Frühwarnsystem für gesellschaftliche Exklusionsprozesse und eine Vorreiterin für die aufgeklärte digitale Zivilgesellschaft. Auch für die nächsten 25 Jahre wünsche ich ihr, dass sie zur offenen Gesellschaft beiträgt, indem sie sich im kritischen Dialog ständig weiterentwickelt.“

Dr. Pia Gerber, Geschäftsführerin der Freudenberg Stiftung



„Die Amadeu Antonio Stiftung klärt über Rechtsextremismus auf, stärkt antifaschistische Initiativen und legt den Finger in die Wunde, wo Rassismus und Demokratiefeindlichkeit unwidersprochen bleiben. Für diese kritische und zugleich konstruktive Arbeit bin ich der Stiftung äußerst dankbar und wünsche weiterhin gutes Gelingen.“

Elisabeth Kaiser, Bundestagsabgeordnete der SPD



Fotonachweis: Cem Özdemir: BMEL/Janine Schmitz/Photothek, Joshi: Carsten Janke, Martina Renner: Julia Bornkessel, Dr. Felix Klein: BMI, Birgit und Horst Lohmeyer: Andreas Hornoff, Dr. Pia Gerber: Freudenberg Stiftung, Elisabeth Kaiser: Susie Knoll

terschied: Jetzt stellen sich Menschen schützend vor die Unterkünfte, treten für eine menschenwürdige Unterbringung ein und organisieren das Ankommen. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt den zivilgesellschaftlichen Schutz von Asylsuchenden mit Rat und Geld.

Wenige Zeit später befindet sich die sogenannte „neue“ Rechte im Aufwind. Dank ihres parlamentarischen Arms, der sich „Alternative“ nennt und damit die Ablehnung der Demokratie meint, ist die Szene finanziell gut aufgestellt. Schon früh haben wir auch die neuen Nazis genannt. Sie versuchen uns deswegen mit Klagen einzuschüchtern und uns die Gemeinnützigkeit entziehen zu lassen. Stellvertretend für viele andere stellt sich die Amadeu Antonio Stiftung gegen diese Versuche, den Einsatz für demokratische Kultur in Verruf zu bringen. Ein Appeasement mit den alten und neuen Nazis wird es mit uns nicht geben. Wir streiten weiter – für eine demokratische Zivilgesellschaft, die hinschaut und handelt.

von Timo Reinfrank und Robert Lüdecke

Der rechte Rand vom Ländle

Baden-Württemberg ist ein Hotspot der rechts-extremen Szene, vom Landtag bis zum bewaffneten Untergrund. Das zeigt eindrücklich der Fall eines mutmaßlichen Reichsbürgers in Bobstadt, der sich ein Feuergefecht mit Sicherheitsbehörden lieferte. Und ein völkisches Szeneobjekt, das zum überregionalen Vernetzungsort geworden ist. Die Reportage.

Schüsse in Bobstadt. Als das SEK in dem 400-Seelen-Dorf im Nordwesten Baden-Württembergs anrückt, um die Wohnung von Ingo K. wegen illegaler Waffen zu durchsuchen, eröffnet er mit einem vollautomatischen Gewehr plötzlich das Feuer. Denn K. ist Reichsbürger – mutmaßlich. Und das SEK: Repräsentant eines verhassten Staates, dessen Existenz er angeblich nicht anerkennt. Ein Beamter wird am Bein getroffen und sinkt unter Schmerzensschreien zu Boden. K.s Haus geht unterdessen in Flammen auf, Brandursache unklar. Es ist der 20. April 2022, ausgerechnet Hitlers Geburtstag. Und der Tatort Bobstadt sorgt für bundesweite Schlagzeilen.

Erst vier Monate zuvor zieht Ingo K. nach Bobstadt, mietfrei in die Wohnung eines „Selbstverwaltungsbauernhofs“ vom Eigentümer Heiko A. Sein eigenes Reich. Eines, das zur Not mit Waffen verteidigt werden muss. Die Gegenstände, die die Polizei nach der Schießerei auf dem Grundstück sicherstellt, lassen wenig Interpretationsspielraum: ein Dolch mit integriertem Hakenkreuz, eine Reichskriegsflagge, eine Axt mit Runen. Hinzu kommt ein regelrechtes Arsenal an Waffen. Und 5.116 Schussmunition.

Genau ein Jahr später wird der Prozess gegen Ingo K. eröffnet, in einem Hochsicherheitsaal in Stammheim. Seit den Schüssen in Bobstadt sitzt er in Untersuchungshaft, Begründung: Fluchtgefahr. Die Anklage wiegt schwer: 14-facher Mordversuch. Eine Schwere, die den Angeklagten aber wenig zu beeindrucken scheint. Der Mann, der wild auf das Spezialeinsatzkommando schoss, wirkt vor dem Stuttgarter Gericht erstaunlich ruhig. Hinter einer Glaswand streichelt er seinen grauen Bart mit den Fingern, seine Haare trägt er im Zopf, am Hals ein runenähnliches Tattoo.

Vor Gericht will Ingo K. plötzlich kein Reichsbürger mehr sein. Der Reichsbürger-Ausweis, den er im Schützenverein zeigte, die Briefe an Behörden, in denen er die Bundesrepublik als Firma im US-amerikanischen Delaware abtat, die Äußerungen gegenüber Freund*innen, dass die Alliierten Deutschland noch kontrollierten – alles nur ein Scherz. „Ich wollte etwas provozieren“, sächelt der 55-Jährige, ursprünglich aus Plauen. Oder er will alles auf seinen Vermieter und Freund Heiko A. schieben. Und dass er behauptet haben soll, Juden würden Kinder schlachten und deren Fleisch verkaufen? Eine „glatte Lüge“.



Bobstadt: ein Stück ländlicher Idylle.

Eine Verteidigung, die ohnehin wackelig ist. Und die durch einen Blick auf seine Vita richtig ins Wanken kommt: ein vorbestrafter Kampfsportler und Waffennarr, der „Querdenken“-Kundgebungen besuchte, der eine Richterin mit Hund und Taschenmesser dabei „zur Rede stellen“ wollte, der verummummt mit Schutzhandschuhen an einer rechtsextremen Demonstration gegen „verfehlte Migrationspolitik“ teilnahm.

Rechtsunten mit Tradition

Bobstadt ist kein Einzelfall, sondern reiht sich ein in eine lange Reihe rechtsextremer Umtriebe in Baden-Württemberg. Das weiß Andreas Hässler aus erster Hand. Seit Jahren recherchiert er zur extremen Rechten in der Region, seit 2017 bei mobirex – einer Fachstelle im Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Denn Rechtsextremismus ist kein „Problem des Ostens“, wie manche gerne behaupten. „Das ist zu verkürzt, das ist Projektion“, sagt Hässler. „Auch hier haben wir einen relativ hohen Anteil extrem rechter Aktivitäten“, sagt der Mann Ende 30 mit Bart und Brille im Stuttgarter Büro der Organisation.



Runen und die Ruine: Hier wohnte Ingo K. mit Vermieter Heiko A.

Das zeigen exemplarisch die Wahlen für den Bundestag und Landtag 2021: Hier erreichte die AfD knapp zehn Prozent, so viel wie nirgendwo sonst in Westdeutschland. Und das hat Tradition: Schon 1968 hatte die NPD mit 9,8 Prozent ihr bislang bundesweit bestes Ergebnis im Ländle. Die Republikaner schafften es in den 1990er Jahren zweimal in den Landtag. 2013 wurde die neonazistische Kleinpartei „Der III. Weg“ in Heidelberg gegründet und fasste in den vergangenen Jahren in der Region zunehmend Fuß.

Heilbronn war lange Hotspot: Dort erschoss 2007 der NSU die Polizistin Michèle Kiesewetter. Vier Jahre später am 1. Mai marschierten rund 750 Neonazis direkt am Tatort vorbei. Im Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg heißt es: In Heilbronn gebe es „eine durchgehende, überregional gut vernetzte, aktive rechtsextremistische Szene“.

2020 war Stuttgart Geburtsort der „Querdenken“-Bewegung, die Esoteriker*innen, Verschwörungsfans und Rechtsextreme im Kampf vereinte.

Hässler betont: „Auch in einem relativ wohlhabenden Bundesland wie Baden-Württemberg, mit gut aufgestellter Automobilindustrie und solidem Mittelstand, finden extrem rechte Akteur*innen Resonanz.“

Der Prinz und der Putsch

Vor allem das reichsideologische Spektrum sei lange unterschätzt worden, so Hässler. Ein Umdenken innerhalb der Sicherheitsbehörden kam erst mit Georgensgmünd in Bayern, einem Fall, der einige Parallelen zu Bobstadt aufzeigt: 2016 erschoss ein 49-jähriger Reichsbürger einen Polizisten in der mittelfränkischen Gemeinde, als ihm seine Waffen entzogen werden sollten, weitere Polizisten wurden verletzt. In jüngerer Vergangenheit sorgte ein Vorfall in Lörach, am südlichen Ende Baden-Württembergs, für Schlagzeilen: Ein 62-jähriger Reichsbürger wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt, nachdem er im Februar 2022 einen Polizisten bei einer Verkehrskontrolle umgefahren und schwer verletzt hatte.

Im Dezember 2022 machte ein spektakulärer Fall Reichsbürger weltweit bekannt: Das Netzwerk „Patriotische Union“ um Heinrich XIII. Prinz Reuß soll vor Weihnachten einen Staatsstreich geplant haben. Bei den Razzien war Baden-Württemberg ein Schwerpunkt: Ein Drittel der 25 Festgenommenen wohnte dort, rund 40 der 182 Hausdurchsuchungen fanden in dem Bundesland statt. Heiko A., Vermieter von Ingo K., hatte Kontakt zu einem der Mitbeschuldigten: Matthes H., der im künftigen „Reich“ von Reuß „Minister für Völkerrecht“ werden sollte. Nach dem SEK-Einsatz in Bobstadt bat er ihn auf Telegram um Hilfe, „wie ich mich gegen dieses Verbrechen zur Wehr setzen kann“.

Trotzdem wird die Gefahr, die von Reichsbürgern ausgeht, immer wieder verharmlost. Davor warnt auch Anna Weers, Referentin für Rechtsextremismus im ländlichen Raum bei der Amadeu Antonio Stiftung: „Die Gefahr wird von Sicherheitsbehörden immer noch nicht richtig anerkannt.“ Laut Zahlen des Verfassungsschutzes sollen nur etwa fünf Prozent der insgesamt 23.000 Reichsbürger überhaupt rechtsextrem sein. Ihre Strategie ähnele jedoch vermehrt der der völkischen Siedler*innen, so Weers: „Es geht um Landnahme, ob in Niedersachsen, der Uckermark oder auch Baden-Württemberg: Sie kaufen Flächen und Immobilien, als rechtsextremen Rückzugsort.“

Ein „unauffälliger Mitbürger“

Besuch in Bobstadt: ein Stück ländlicher Idylle, umrahmt von Hügellandschaften und Windrädern. Mittendrin: ein oranges Haus mit großer Rune an der Fassade. Dort wohnt Heiko A., sein Name steht in Frakturschrift an der Tür. „Bitte keine Post mehr einwerfen für Ingo K.“, heißt es auf einem Schild. Darunter K.s neue Adresse: die JVA Schwäbisch Hall. Auf dem Grundstück steht noch die Brandruine von K.s Wohnung, überdeckt mit einer Plane.



Heidrun Beck ist Bürgermeisterin der Stadt Boxberg, zu der Bobstadt gehört.

„Wir waren alle erschüttert“, erzählt Heidrun Beck, Bürgermeisterin der Stadt Boxberg, zu der Bobstadt gehört. Sie empfängt im Rathaus, einem blassgelben Barockbau fünf Autominuten vom Tatort entfernt. Die parteilose Politikerin wuchs in Bobstadt auf. Als die Schüsse fallen, ist die



Das Objekt des „Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff)“ ist ein Dreh- und Angelpunkt der extremen Rechten in der Region.

37-Jährige erst ein Jahr im Amt, sie erfährt davon morgens früh via WhatsApp. Die Meldung kommt überraschend. Heiko A. sei ein „unauffälliger Mitbürger“ gewesen, der in der Solarbranche gearbeitet habe, bevor seine Firma in Konkurs gegangen sei.

Eigentlich liegt Beck's Schwerpunkt auf Bildung und Betreuung, nicht auf bewaffneten Reichsbürgern: „Darauf hätte ich gerne verzichtet“, lacht die Bürgermeisterin. Seitdem gehört auch politische Aufklärung zu ihrem Job. Die Stadt arbeitet mit dem „Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber“

zusammen, das vergangenes Jahr den Antisemitismusbeauftragten des Landes, Michael Blume, zu einem Vortrag nach Boxberg einlud. Ab Mai 2023 veranstaltet das Netzwerk die dreiteilige Eventreihe „Tatort Bobstadt“, gefördert von der Amadeu Antonio Stiftung. Zu den Redner*innen zählen Soziologie-Professor Matthias Quent, taz-Autor Andreas Speit und NSU-Nebenklage-Anwältin Seda Başay-Yıldız.

Rückzugsort ländlicher Raum

Organisiert wird die Reihe „Tatort Bobstadt“ unter anderem von Timo Büchner. Der junge Journalist ist im „Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber“ aktiv und kennt die extreme Rechte in Baden-Württemberg wie kein zweiter. Seit Jahren beleuchtet er deren Umtriebe, schreibt in Artikeln und Büchern zu Rechtsrock, Rechtsterrorismus und geheimen Neonazi-Treffen. „Es ist mir wichtig, den Blick auf den ländlichen Raum zu werfen“, sagt Büchner mit sanfter Stimme. Das gefällt nicht allen in der Region. Deshalb möchte er lieber nicht vor die Kamera.

Vor allem eine Adresse kommt bei Büchners Recherche immer wieder vor: das „Jugendheim Hohenlohe“ in Herboldshausen, 50 Kilometer südlich von Bobstadt, eine Immobilie des „Bundes für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“. Seit 1972 besitzt die völkische Gruppe das alte Fachwerkbauernhaus im württembergischen Weiler. Ein unscheinbares Örtchen. Doch die Kulisse trägt: „Das Objekt ist zum Dreh- und Angelpunkt der extremen Rechten in Süddeutschland geworden“, erklärt Büchner bei einem Ortsbesuch. Heute ist das Haus leer, die Vorhänge zu. Wenig deutet auf die Relevanz des „Jugendheims“ für die extreme Rechte hin, bis auf eine Überwachungskamera auf dem Gelände.

Das Ludendorffer-Haus ist ein wichtiger Vernetzungsort, der verschiedene Teile der Szene zusammenbringt. So lud die Neonazi-Gruppe „WIR Heilbronn“ dort im Oktober 2021 zum „Thing der Titanen“ ein. Es kamen Szene-Promis wie „Hammerskin“-Funktionär Malte Redeker und NSU-Anwältin Nicole Schneiders. Im März 2022 fand im Haus ein „Aktivistenwochenende“ der „Identitären Bewegung“ statt. Im November 2022 organisierte die NPD-Jugend JN einen „Gemeinschaftstag“. Und zum Neujahr 2022/23 führte der rechtsextreme „Sturmvolg – Deutscher Jugendbund“ dort ein geheimes Winterlager durch. 2022 gab es im Schnitt ein Treffen pro Monat.

„Gerade im ländlichen Raum ist es ein Rückzugsort, um sich ungestört austauschen zu können“, sagt Büchner, der über die Aktivitäten in Herboldshausen für *Belltower.News* berichtet, die spendenfinanzierte journalistische Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber es regt sich auch Widerstand vor Ort: „Ein zivilgesellschaftliches Bündnis gegen das Haus, gegen die rechtsextremen Umtriebe in Herboldshausen ist gerade in der Gründungsphase“, erklärt er.



Auch den Bobstadt-Prozess gegen Ingo K. beobachtet Timo Büchner für *Belltower.News*. „Mir ist wichtig klarzumachen, worum es da geht: dass das keine Spinner sind, sondern Menschen mit einer Ideologie. Und dass diese Ideologie, die den Staat ablehnt oder nicht anerkennt, zu einer Blut-tat wie in Bobstadt führen kann.“ Es sei Zufall, dass niemand gestorben ist.

Der Prozess dauert noch an. Er zeigt eindrücklich: Auch im Ländle tobt der rechte Rand.

Text und Fotos: Nicholas Potter

25 Jahre: Was uns bewegt hat

1998 bis 2023 – die letzten zweieinhalb Jahrzehnte waren gepflastert mit Terroranschlägen, rassistischer Hetze, Krieg und Pandemie. Doch immer gab es auch engagierte Menschen, die all dem etwas entgegengesetzten. Ein Rückblick auf 25 Jahre Amadeu Antonio Stiftung.

1998
Gründung der Stiftung
 Anetta Kahane gründet die Amadeu Antonio Stiftung, um lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus finanziell zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu rücken.

2002
Kein Ort für Neonazis
 Die NPD ist vor den ost-deutschen Landtagswahlen erstarkt. Wir reagieren mit der Kampagne »Kein Ort für Neonazis«: Öffentliche Institutionen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hängen das Plakat an ihre Fassade.

2004
Opferfonds CURA
 Mit dem Opferfonds CURA bieten wir Betroffenen rechtsextremer Gewalt und ihren Angehörigen direkte und unbürokratische Hilfe an. Eine Aktion, die bis heute andauert.

2009
NSU
 Der NSU, der hinter mindestens zehn Morden und drei Sprengstoffanschlägen steht, enttarnt sich selbst. In den folgenden Jahren fördern wir unzählige Projekte zum Thema NSU-Komplex und organisieren das Konzert »Rock gegen Rechts« in Jena mit Udo Lindenberg und Peter Maffay.

2011
NSU
 Der NSU, der hinter mindestens zehn Morden und drei Sprengstoffanschlägen steht, enttarnt sich selbst. In den folgenden Jahren fördern wir unzählige Projekte zum Thema NSU-Komplex und organisieren das Konzert »Rock gegen Rechts« in Jena mit Udo Lindenberg und Peter Maffay.

2015
Sommer der Migration
 Bundesweit zünden Deutsche Flüchtlingsheime an, nachdem über eine Million Schutzsuchende angekommen sind. Wir veröffentlichen mit Pro Asyl eine Reihe von Publikationen zu Rassismus gegen Geflüchtete und unterstützen Initiativen, die Geflüchtete schützen.

2017
AfD zieht in den Bundestag
 Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg sitzt wieder eine rechtsradikale Partei im Bundestag. Die Zivilgesellschaft wird massiv angefeindet. Wir klären auf mit einer Handreichung zur AfD.

2019
Halle
 An Jom Kippur will ein schwer bewaffneter Rechtsterrorist in die Synagoge von Halle eindringen und ermordet zwei Menschen. Wir fördern das Festival of Resilience, organisiert von Überlebenden und Angehörigen, sowie das türkische Frühstückscafé Tekiez an einem der Tatorte.

2020
Hanau
 Ein rechtsextremer Attentäter erschießt in Hanau neun Menschen aus rassistischem Motiv. Wir unterstützen die »Initiative 19. Februar« sowie die »Bildungsinitiative Ferhat Unvar«, die nach dem Anschlag aus dem Umfeld der Betroffenen gegründet werden.

2020
Corona
 Mit der Corona-Pandemie erstarken Verschwörungserzählungen und Demokratiefeindlichkeit. Proteste gegen Schutzmaßnahmen radikalisieren sich, Rechtsextreme profitieren. Wir fördern Initiativen, die dagegenhalten, wie »Bautzen gemeinsam«.

2020
Ukraine-Krieg
 Am 24. Februar 2022 greift Russland die Ukraine an, Millionen Menschen müssen fliehen. Wir unterstützen Projekte, die sich für geflüchtete People of Colour aus der Ukraine einsetzen.

2022
Ukraine-Krieg
 Am 24. Februar 2022 greift Russland die Ukraine an, Millionen Menschen müssen fliehen. Wir unterstützen Projekte, die sich für geflüchtete People of Colour aus der Ukraine einsetzen.

Im Porträt: Das NDK in Wurzzen

Ende der 1990er ist Wurzen eine Nazihochburg. Doch es gibt Widerstand: das NDK, gefördert von der Amadeu Antonio Stiftung. Ein Besuch.

Mitten in der Wurzener Innenstadt befindet sich das Haus des Netzwerks für Demokratische Kultur e.V., kurz: NDK. Ein zivilgesellschaftliches Bollwerk gegen rechtsextreme Umtriebe in der sächsischen Stadt. Vor dem denkmalgeschützten Domherrenhaus sitzen Jens Kretschmar, Ingo Stange und Martina Glass auf Bierbänken. Bei Kaffee und Mohnkuchen erzählen sie – von den Neonazis, den Widerständen, den Erfolgen.

Die Geschichte des NDK ist eng verknüpft mit der Amadeu Antonio Stiftung. Sie beginnt 1999 in einer Fahrradwerkstatt im Hinterhof. Anetta Kahane, die erst vor einem Jahr die Stiftung ins Leben gerufen hatte, trommelt alle zusammen: Ökos, Punks und Christ*innen – alle, die in Wurzen etwas gegen Nazis machen wollen. Mit dabei: Jens und Ingo, damals 26 und 28 Jahre alt. »Anetta hat ganz schön gepowert«, lacht Ingo. »Das war ein bisschen wie ein Arschtritt – positiv gesprochen.«

Zwei Jahre später geht für sie ein Traum in Erfüllung. Die Stiftung sammelt Spenden, bürgt mit für einen Kredit und ermöglicht so den Kauf des alten Domherrenhauses. Über Jahre sanieren es die Ehrenamtlichen und machen es zu einem Kultur- und Bürger*innenzentrum, einem Zufluchtsort.

Das Anfang der Nullerjahre so ein Ort in Wurzen entsteht, ist alles andere als selbstverständlich. »In den 90ern war hier zeitweise die Hölle los«, erinnert sich Jens. Er zählt Prügeleien, Brandschatzen, rechtsextreme Propaganda und Demos auf. »Leute wurden in ihren Wohnungen angegriffen.« Die NPD feiert Erfolge, besetzt 1996 ein Haus als »Nationales Zentrum« und zieht 1999 in den Stadtrat. Tagsüber treffen sich Rechtsextreme im staatlich finanzierten Jugendclub. Abends ziehen sie durch die Straßen, auf der Suche nach ihrem nächsten Opfer. Stadt- und Landespolitik schauen lange weg. Rechte Gewalt wird geleugnet und verharmlost. Die, die etwas dagegen tun, werden als Nestbeschmutzer verunglimpft.

Von der Fahrrad- zur Demokratiewerkstatt

Doch das NDK gibt nicht klein bei. Das Haus bietet einen nazifreien Raum für Konzerte und Partys. Udo Lindenberg, Brothers Keepers und Clueso kommen zu Besuch, um Flagge zu zeigen. Von Beginn an steht das NDK für demokratische Kultur, politische Bildung und Solidarität. Über zweieinhalb Jahrzehnte ist Ingos Engagement im NDK zum Vollzeitjob geworden, er gestaltet Bildungsangebote und betreut Events. Jens sitzt inzwischen für die Linkspartei im Wurzener Stadtrat und ist im Vorstand des Vereins.

Martina ist seit 2010 dabei und übernahm 2016 die Geschäftsführung. Sie berichtet von unzähligen Projekten, viele von der Stiftung gefördert: ein Unterstützer*innennetzwerk für Geflüchtete; Interviews von Leipziger Jugendlichen mit Betroffenen rechter Gewalt; eine ehrenamtliche Redaktionsgruppe, die mit einem Stadtmagazin von und für Bürger*innen dem Misstrauen und der Verachtung gegenüber den Medien etwas entgegengesetzt will.

Von der Fahrradwerkstatt bis ins Domherrenhaus war es ein langer Weg. Heute ist das NDK überregional geschätzt, hat mehrfach Preise bekommen. Fördermittel gibt es mittlerweile auch von staatlichen Stellen. Doch eine dauerhafte Finanzierung hat das NDK nicht. Dabei gibt es immer noch viel zu tun. Die oberen Stockwerke sind zurzeit eine Baustelle. Hier entsteht ein Tagungshaus auf drei Etagen – Seminarräume für Jugend- und Erwachsenengruppen, Büros für das Netzwerk. Ein Bauprojekt, für das auch diesmal wieder die Amadeu Antonio Stiftung bürgt. Neben einer professionellen Bauleitung helfen NDK-Unterstützer*innen. Denn demokratische Kultur in Wurzen bleibt Handarbeit.

von Charlotte Sauerland und Viola Schmidt

MIT IHRER SPENDE GEGEN NAZIS. UND FÜR EINE DEMOKRATISCHE ZIVILGESELLSCHAFT.

- Ich spende per Lastschrift _____ €
- monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich ■ einmalig

Ich bin einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Bei nicht gegebener Kontodeckung besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

Spendenkonto: GLS Bank, IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00

- Ich möchte den monatlichen E-Mail-Newsletter erhalten.

Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin